

türkei infodienst

Nr.18

30.11.1981

DM 1,-

Wirtschaft

Hürriyet vom 17.11.81

Der Gehalts- und Lohnanstieg wird 25% nicht übersteigen

Kurz vor seiner Abreise nach Lybien wurde der stellvertretende Ministerpräsident Turgut Özal von einem Reporter zu den Bereichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, Steuergesetzgebung und Renten interviewt. Wir bringen an dieser Stelle einige Auszüge aus diesem Interview. (tid)

Gökmen: Würden Sie bitte von den Steuergesetzen berichten? Fallen die Steuern?

Özal: Zur Zeit arbeiten wir an den Steuergesetzen. Ein Bereich ist das Beseitigen einiger bürokratischer Formalitäten, die den Bürger in Schwierigkeiten bringen. Unsere erste Arbeit ist eben diese.

Die Steuergesetze nehmen wir uns auch vom wirtschaftlichen Standpunkt her noch einmal vor. Ich glaube natürlich nicht, daß diese Steuergesetze sofort einen Einfluß auf die Wirtschaft haben werden, aber sie müssen auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten einen positiven Einfluß ausüben.

Drittens werden die Steuergesetze vom sozialen Standpunkt aus noch einmal durchgesehen. Zunächst allgemein die Einkommensteuerepflichtigen... Natürlich kommen an erster Stelle die Lohnabhängigen. Wir arbeiten daran, die Steuerlast stufenweise zu senken. Das gab es sowieso schon im ersten Steuergesetz. In jedem Jahr ging es einen Punkt nach unten. Wir schauen uns das im Hinblick darauf an, ob wir da noch mehr machen können...

Gökmen: Ist es nicht möglich, den Umfang der Steuer-senkung anzugeben?

Özal: Das weiß ich nicht. Was bringt das im Moment?

Gökmen: Aber es wird doch eine Senkung geben, nicht wahr?

Özal: Wir denken an eine Senkung. Das heißt aber in vertretbarem Maße. Im Bereich der Einkommensteuer werden wir einige Senkungen vornehmen. Das gab es sowieso schon im Steuergesetz. Es ging jedes Jahr einen Punkt nach unten. Wir forschen nun nach der Möglichkeit, dieses noch weiter nach unten zu ziehen. Ich hoffe, daß wir diese Möglichkeit finden. Das betrifft besonders die Lohnabhängigen der unteren Schicht. Wir suchen nach Wegen zur schnelleren Senkung. ...

WIE IST DIE ERHÖHUNG BEI DEN TARIFABKOMMEN DES JAHRES 1982?

Gökmen: Wie wird für das Jahr 1982 die Erhöhung bei den Tarifabkommen sein?

Özal: Die Tarifabkommen betreffen natürlich die Obere Schiedsstelle. Das heißt, es betrifft uns nicht direkt...

Gökmen: Aber ich glaube, die Obere Schiedsstelle kann nicht allein Beschlüsse fassen

Özal: Alle Bereiche müssen harmonisch zusammenar-

beiten. Wenn wir ein Entwicklungsproblem oder-programm vorbringen, so kommen wir zu einem Ergebnis als Folge der harmonischen Arbeit verschiedener Elemente. Die heutige Situation wurde durch diese Harmonie sichergestellt. Natürlich werden ebenso wie die Gehaltserhöhungen der Beamten auch allgemein die Lohnerhöhungen der Arbeiter berücksichtigt. Die Schiedsstelle, so schätze ich, wird die Tarifabkommen wieder an diesen Dingen ausgerichtet innerhalb von sozialem und ökonomischen Gleichgewicht in die Hand nehmen.

Gökmen: Das kommt mir wie ein Paradox vor. Es wird jetzt gesagt, daß man eine Inflationsgeschwindigkeit von 25% anstrebt. Die Obere Schiedsstelle weiß, daß man eine Inflationsrate von 25% anstrebt. Die sagen, daß es schwer ist, die Inflation auf 25% zu drücken. Das heißt, auch die wirtschaftlichen Regeln besagen dies. Wenn nun die Obere Schiedsstelle plant, die Erhöhungen in 1982 an einer Inflationsrate von 25% zu bemessen, was wird dann? Geraten die Arbeiter nicht in eine Sackgasse bzw. in eine Notlage? Wird die Obere Schiedsstelle Lohnerhöhungen vornehmen, die sich an einer Inflationsrate von 25% orientieren?

Özal: Wir wollen das Problem nicht in der Weise der Lohnerhöhung betrachten, sondern folgendermaßen: Irgendeine Rate im nächsten Jahr, sagen wir eine Rate zwischen 20-30 % nehmen Sie einmal an, ein Durchschnitt von 25%. Die Lohnerhöhung von 25% nehmen Sie am Anfang des Jahres vor oder in den ersten Monaten. Die Inflation ist eigentlich eine Bewegung die sich im Laufe des Jahres entfaltet. Ihr Schwerpunkt ist der Durchschnitt. Das heißt auf demselben Niveau Lohnerhöhungen zu machen, bedeutet, auch die Inflation ein wenig anschüren.

Das heißt auch, eigentlich viel mehr als die Inflation an Lohn zu geben. Am Anfang des Jahres erhält der Arbeiter 25% bar. Die Inflation verteilt sich auf das Jahr indem sie von Monat zu Monat um 1-2% zunimmt. Das ist der Vorteil des Lohnabhängigen. Das bedeutet, mehr als die Inflationsrate an Lohn zu geben. Deshalb ging eine ihrer Fragen in die Richtung einer abgestuften Lohnerhöhung. So etwas gibt es aber nicht...

Gökmen: Was ist es dann, mein Herr...

Özal: Sie haben hier etwas geschrieben wie wird es Lohnerhöhungen für sechs Monate geben. So etwas gibt es nicht. An so etwas wird nicht gedacht. Deshalb muß man, wenn man Inflationsrate sagt, auch an diesen Faktor denken.

Gökmen: Im letzten Jahr gab man 10% plus 3.000. Wird die Vorauszahlung dieses Jahr höher sein?

Özal: Sie verringern die Inflation, wie kommt denn das zustande...

Gökmen: Das heißt, die Lohnerhöhung wird in diesem Jahr geringer ausfallen, ist es so?

Özal: Das weiß ich nicht. Es gibt Zahlen. Wir sagen nun bei der Inflationsrate 25. Es versteht sich auch, daß wir das werden halten können. Wir können es halten, aber wenn die Löhne weiterhin stärker als die Inflationsrate steigen, dann wird es natürlich sehr schwer das zu halten. ...

Hürriyet vom 18.11.81

Für die Arbeiterprobleme wird ein besonderes Komitee aus 4 Leuten gegründet werden

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Bülent Ulusu wurden im Präsidialamt zwei verschiedene Versammlungen im Zusammenhang mit Arbeiterproblemen abgehalten. Auf diesen Besammlungen wurde beschlossen, ein besonderes Komitee zu gründen, an dem aus dem Finanzministerium 1 Vertreter, vom Staatlichen Planungsamt 1 und von der Türk-Is 2 Vertreter teilnehmen werden. Weiterhin wurde beschlossen, einen Bericht, den das Komitee vorbereiten wird, am Freitag auf einer Versammlung einzubringen, die unter Vorsitz von Ministerpräsident Bülent Ulusu im Präsidialamt stattfinden wird.

Nach der Versammlung im präsidialamt sagte der stellvertretende vorsitzende der Türk-Is, Sevket Yilmaz: Der geehrte Herr Ministerpräsident hat bei unserem vorangegangenen Treffen unseren vier Vorschlägen gegenüber große Sensibilität gezeigt. Wir bedanken uns."

Rapor vom 20.11.81

Für das Finanzjahr 1982 werden Budgetausgaben in Höhe von 1 Billion 891 Milliarden Lira vorgesehen

Den Angaben zufolge wird das neue Budget, das für den Zeitraum März 1982 ; Dezember 1982 gilt, laufende Ausgaben in Höhe von 806 Milliarden Lira, Transferausgaben in Höher von 650 Milliarden Lira und Investitionsausgaben in Höhe von 435 Milliarden Lira enthalten. Beobachter, die darauf hinweisen, daß das Budget des Finanzjahres 1982 vorbereitet wurde, im Rahmen des Wirtschaftsprogramms des Jahres 1982, mit den Zielen einer Wachstumsgeschwindigkeit von 4,5% und einer stufenweisen Aufweichung der "harten Geldpolitik" gleichkommen könnten. Man erwartet, daß die Steuereinnahmen im Budget des Finanzjahres 1982 bei 1 Billion 600 Milliarden Lira verwirklicht werden können.

Erwartet wird, daß außer der Steuer 230 Milliarden Lira aus anderen Einkommensbereichen gewährleistet werden können. Außerdem werden 60 Milliarden Lira aus Anleihen im Inland kommen.

Rapor vom 16.1.81

Die Bilanz aus 58 Jahren: Die Ausfuhr hat nur die Hälfte der Einfuhr beglichen

Nach Angaben des Staatlichen Statistikinstitutes wurden in den 58 Jahren der Republik insgesamt 28 Milliarden 847,6543 Mio. Dollar aus dem Export erwirtschaftet.

Demgegenüber steht ein Devisenbetrag für Importe in Höhe von 56 Milliarden 157,3621 Mio. Dollar. Bei der Gegenüberstellung von Export und Import ergibt sich eine Ausgleichsrate von 51,4%. Nach den Angaben des Staatlichen Statistikinstitutes betrug die Ausgleichsrate in den ersten Jahren der Republik 80-90 %, begann aber ab dem Jahre 1950 zu fallen.

Die positivste Entwicklung im Außenhandel zeigte sich in den Jahren 1933-42. In diesen Jahren ging der Import zurück, während der Export zunahm. In der erwähnten Periode stand ein Import in Höhe von 778 Mio. 303.000 Dollar einem Export von 922 Mio. 940.000 Dollar gegenüber und der Export glich den Import vollständig aus. Die Devisen aus dem Export lagen um 18,6 % höher als die für den Import notwendigen Devisenzahlungen.

Auszüge aus einer Tabelle (Tsd. Dollar)

Zeiträume	*Ausfuhr	Einfuhr	Unterschied	Ausgleich
1923-32	753.792.2	932.910.5	-179.218.3	80.8
1933-42	922.940.0	778.302.9	144.637.0	118.6
1943-52	2.365.876.5	2.551.014.2	-185.137.7	92.7
1953-62	3.344.239.7	4.692.911.5	-1.348.671.8	71.3
1973-80	15.422.122.0	38.756.400.0	-23.334.278.0	39.8
Insgesamt	28.847.656.3	56.157.334.1	27.309.677.8	51.4

Rapor vom 19.11.81

Unsere Landwirtschaftsprodukte werden zu billigen Preisen verkauft

Einige der Hauptausfuhrprodukte wie Baumwolle, Rosinen und trockene Feigen, die zu den wichtigsten Devisenquellen der Türkei gehören, wurden in diesem Jahr verglichen mit dem letzten Jahr durchschnittlich 25% billiger ins Ausland verkauft. Der Grund für die billige Abgabe der Landwirtschaftsprodukte, von denen jedes eine große Devisenquelle darstellt, liegt in der Abschaffung der Mindestpreisregelung in dem Wettbewerb zwischen den Exporteuren und in den negativen Bedingungen der Außenmärkte in diesem Jahr. Rosinen, die im letzten Jahr zu einem Preis von ca. 1800 Dollar leicht einen Käufer im Ausland fanden, begannen in diesem Jahr bei den Auslandsverkäufen bei 1350 Dollar. Später ging der Preis bis auf 1100 Dollar hinunter. Man wußte daß es in Griechenland einem der rivalisierenden Länder, große Lager gab. Und dieses Land nahm bei einem der rivalisierenden Länder, große Lager gab. Und dieses Land nahm bei einem Auslandsverkaufspreis von 1300-1400 Dollar keine Senkung vor. Auch bei den getrockneten Feigen gab es bei den Auslandsverkäufen große Preiseinbrüche.

Auf dem Baumwollmarkt zeigt sich eine veränderte Lage. Während im letzten Jahr die Baumwollsorten aus der Ägäis mit der Bezeichnung Standard 1 einen Preis von ca. 2 Dollar hatten, fiel der Preis nun unter 1,5 Dollar. Sollten sich die Bedingungen nicht ändern, werden auch die übrigen Baumwollsorten, die eine wichtige Devisenquelle darstellen zu einem 25% billigeren Preis ins Ausland verkauft werden.

Rapor vom 20.11.81

Bodur forderte, daß die Einlagezinsen 40% nicht übersteigen sollten.

Der Vorsitzende des Rates der Industriekammer von Istanbul, Ibrahim Bodur, sagte: "die Zeit ist gekommen, der Zinsanarchie ein Ende zu bereiten. Wenn diese Zinsanarchie so weitergeht, wird man zu dem Punkt kommen, an dem die Industrie untergeht." Bodur forderte, daß die Einlagenzinsen 40 % nicht übersteigen sollten und daß die Kreditzinsen ca. 50% betragen sollten.

Ibrahim Bodur führte an, daß es in unserem Land eine Unzahl Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art gebe, die auf eine Lösung warteten. Er sagte, daß der Privatsektor mit seinen Einrichtungen und Instituten eine Einheit bilden müsse. Danach schlug er vor, daß die Banken die Einrichtungen der Industrie mit Kapital und Krediten unbegrenzt unterstützen sollten.

Bodur führte weiter aus, daß die Anwendung freier Zinsen zu einem Chaos werden würde und er stellte fest, daß sogar die Bankiers zu der Ansicht gekommen seien, daß der freie Zins der Punkt des Untergangs der Industrie sei. Danach sagte Bodur zusammengefaßt folgendes: " Es ist noch nicht zu spät. Wenn man sich der Sache mit tiefgreifenden Maßnahmen nähert, ist es möglich, das Problem zu lösen. Bei einer Inflationsrate

von 25% im Jahre 1982 ist es notwendig die Zinsen für Einlagen auf höchstens 40% zu begrenzen. In dieser Lage werden die Gestehungskosten der Banken auf unter 20% fallen. Hält man sich die Beträge vor Augen, so können die Banken wenn sie die Kreditzinsen auf 45% festlegen, in ihrer Eigenschaft als Unternehmen die Geld verdienen, ihre Dienstleistungen weiterhin aufrechterhalten.

Nach dieser von uns angestellten Berechnung ist es notwendig, die Zinsen für mittel- und langfristige Kredite auf höchstens 50% zu begrenzen.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 15.11.81

Nach einer dem Pentagon nahestehenden Zeitschrift kann die Blitzeinsatztruppe in der Türkei stationiert werden

Nach einer Auskunft des durch die Nähe zum Pentagon bekannten Blattes 'Armed Forces Journal' ist es zur Sicherung des Golfes durchaus möglich, die 'Blitzeinsatztruppe' (Rapid Deployment Force) in der Türkei zu stationieren. Der Vorteil davon wäre, so die Armeezeitschrift, dass diese Einheit dann näher an den Stellungen der SU gelegen wäre. Im weiteren heisst es in dem Artikel: 'Innerhalb der NATO verfügt die Türkei über die grösste Armee nach den USA, braucht aber besseres Material und Ausbildung. Die amerikanischen Militärgeräte, die in der Türkei deponiert werden verhindern nicht nur, dass die Sowjets über die Ukraine und den Kaukasus an den Golf vordringen, sondern auch ein Vordringen über Turkistan und Afghanistan in den Iran. In einem solchen Fall kann das amerikanische Militärgerät sowohl von den türkischen und amerikanischen Einheiten eingesetzt werden.

Die Stationierung der erwähnten Einheit in der Türkei wird Hilfe für einen Verbündeten sein, der das sowj. Abenteuerium im Zaume halten will. Auf diese Weise bekommt die 'Blitzeinsatztruppe' ihre Bedeutung.

Tercüman vom 19.11.1981

5 Türken in England festgenommen

Die Einwandererpolizei von England nahm 5 Türken fest, die versuchten, in der Türkei verbotene Schriften nach England zu bringen. Es handelte sich hierbei um die türkischen Zeitschriften 'Devrimci Taver' Revolutionäre Haltung und 'Devrimci Sol' (Revolutionäre Linke). Drei der Festgenommenen besaßen Aufenthalts- und Studierlaubnis für das Land, so dass sie weiterfahren konnten, während die anderen zwei zurückgeschickt wurden, da man ihre Studienabsichten in London nicht ernst nahm.

Rapor 19.11.1981

EG wird Hilfe an Bedingungen knüpfen

Wie verlautet soll die vorläufig eingestellte Türkeihilfe der EG die für einen Zeitraum von 5 Jahren 642 Millionen Dollar beträgt, dann ausgezahlt werden, wenn aus Ankara ein Termin für die allgemeinen Wahlen bekannt gegeben wird. Bei der Konferenz der Aussenminister hatte der vor kurzem zurückgekehrte deutsche Aussenminister Genscher betont, dass dieser Termin bald bekannt gegeben werde.

Tercüman vom 19.11.1981

Genscher empfahl wegen der Türkeihilfe bis Februar zu warten

Auf der Aussenministerkonferenz der EG verlautete, dass die BRD bis Februar wartet, um einen Beschluss über die Türkeihilfe zu fassen. Auch die anderen Aussenminister sollen sich dieser Vorstellung angeschlossen haben. Genscher sagte in seiner Rede, dass auch die ehemaligen Führer der politischen Parteien einen solchen Entschluss begrüßen. In der Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten des Europarates geht es heute darum, ob die Delegation für den 7. Dezember mit ehemaligen Politikern und den DISK-Funktionären zusammentreffen wird. Die Delegation soll aus 20 Mitgliedern bestehen, wobei die Vorsitzenden des juristischen und politischen Ausschusses, Griere und Urwin, die gemeinsame Leitung haben.

Cumhuriyet vom 20.11.1981

Österreich verlängert Kredit

Das am 3.7.1981 zwischen den Finanzministern von Österreich und der Türkei unterzeichnete Abkommen wurde jetzt durch das Kabinett bestätigt. Hierdurch wird der Kredit entsprechend den OECD-Richtlinien vom 25.7.1980 verlängert und sein Zinssatz auf 8,5% festgelegt.

Milliyet vom 20.11.1981

Die OECD-Hilfe in Höhe von 970 Millionen Dollar wurde erst zu 388 Millionen realisiert

Es wurde bekannt, daß von der für 1981 durch die OECD-Länder versprochenen Hilfe von insgesamt 970 Millionen Dollar erst 388,8 Millionen Dollar wirksam sind, während 581,9 Millionen Dollar noch auf die Bestätigung warten. Da in der Schweiz ein neues System verfolgt wird, lässt sich über die Kreditvergabe hier noch nichts sagen. Die bislang rechtswirksam gewordenen Hilfen sind folgende:

	Millionen Dollar
Bundesrepublik	200
Frankreich	86
Grossbritannien	32,7
Niederlande	18
Kanada	10
Italien	20
Belgien	8,1
Spanien	5

Österreich stellt momentan für die 20 Millionen Dollar noch Bedingungen, über die verhandelt wird.

Dänemark fordert bei den 3,3 Millionen Dollar auch eine Rückzahlung alter Schulden, so dass es nicht zur Auszahlung kommt.

Trotz parlamentarischer Bestätigung blockiert die schwedische Regierung die 4,5 Millionen Dollar Exportkredit.

In Norwegen sind die als Schenkung gedachten 9,1 Millionen Dollar noch nicht vom Parlament verabschiedet worden.

Für die 100 Millionen Dollar aus Japan fährt demnächst eine türkische Delegation nach Tokio, um die Handelsbedingungen auszuhandeln.

Cumhuriyet vom 20.11.1981

Außenminister Türkmen:

Wahltermin kann Anfang 1982 bekanntgegeben werden

In einer gemeinsamen Sitzung des Ministerrates des juristischen und politischen Ausschusses des Europarates erteilte der Aussenminister Ilter Türkmen Auskunft.

In seiner Rede hieß es zum Schluß:

"Ich weiß, daß diese Erklärungen keinen Terminkalender beinhalten.

Ich weiss aber um die Wichtigkeit. In diesem Punkt möchte ich die Erklärungen des Staatspräsidenten in Erinnerung rufen. Sobald die beratende Versammlung bei ihrer Arbeit genügend Fortschritte erzielt, wird der Termin für Parlamentswahlen bekanntgegeben. Ich denke, dass ich als persönliche Überzeugung folgendes sagen kann: Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden noch konkretere Erklärungen in den ersten Monaten von 1982 abgegeben werden."

Während aus England und Irland eher zustimmende Erklärungen abgegeben wurden, stellten zwei Parlamentarierinnen aus Norwegen kritische Fragen zur Situation der Gewerkschafter und zum Urteil gegen Ecevit.

Türkmen sagte, dass die Gewerkschafter nicht wegen gewerkschaftlicher, sondern aussergewerkschaftlicher Tätigkeit angeklagt seien. Das letzte Wort habe hier aber das Gericht. Das Urteil gegen Ecevit sei kein politischer Prozess gewesen. Ecevit sei im Rahmen der Gesetze verurteilt worden.

Tercüman vom 21.11.1981

Die Erklärungen von Türkmen beruhigten den Euro-parat

Die Rede des Aussenministers am Vortage, in der er auf einen möglichen Zeitpunkt zur Bekanntgabe eines Wahltermins hinweist, hat in Kreisen des Europarates eine gewisse Beruhigung ausgelöst.

Allerdings wurde durch den griechischen Botschafter wieder Unruhe in die Runde gebracht, als er kategorisch verlangte, daß das Wort 'baldmöglichst' (bzgl. der Rückkehr zur Demokratie) in 'sofort' umgewandelt werde. Ilter Türkmen machte ihn zwar darauf aufmerksam, daß der stellvertretende griechische Europaminister Fotilas eine möglichst späte Demokratisierung in der Türkei als vorteilhaft für Griechenland ansehe, aber der Botschafter Grgoriadis blieb auch nach dem Telefonat mit Athen bei seiner Forderung. Daraufhin nahm der schwedische Vorsitzende den § 13 ganz aus dem Protokoll heraus.

Demokratisierung

Cumhuriyet, 17.11.1981

Das Verwaltungsgerichtswesen darf keine Beschlüsse fassen, die Regierungspolitik beeinflussen

Das neue Gesetz des Verwaltungsgerichtswesens (Danistay) wurde, nachdem es vom Kabinett an den Nationalen Sicherheitsrat weitergeleitet wurde, in wesentlichen Teilen verändert. Dadurch wird die Befugnis des Verwaltungsgerichtshofs bezüglich Aufhebung oder Durchführungsstop von bestimmten Verfügungen stark beschnitten. Das neue Gesetz wurde durch das Justizministerium vorbereitet. Die Änderungen wurden aber erst nach der Verabschiedung durch das Kabinett vorgenommen.

Auch beim Verwaltungsgerichtshof wird ähnlich wie beim Revisionsgericht die Zahl der Kammern beschränkt. Derzeit gibt es drei Kammern für verwaltungstechnische und elf Kammern für Privatklagen. Die Zahlen sollen auf zwei, bzw. acht reduziert werden. Auf der anderen Seite bekommt der Verwaltungsgerichtshof neben der Entscheidungsfunktion aber auch noch eine Revisionszuständigkeit für die regionalen Verwaltungsgerichte.

Hürriyet, 17.11.1981

Es fehlen 1.600 Richter und Staatsanwälte

Während im ganzen Land die Notwendigkeit für neue Gerichte deutlich wird, werden mancherorts sogar Gerichte zusammengelegt, weil nicht genügend Richter und Staatsanwälte vorhanden sind. Es fehlen insgesamt 1.600 Staatsanwälte und Richter, während am Revisionsgericht 62 Stellen offen sind. Es sollen aber dennoch 380 neue Gerichte aufgebaut werden. Die Experten führten die mangelnde Nachfrage auf die Attraktivität des Anwaltsberufes und die Gefahren für Leib und Leben vor dem 12. September zurück.

Des weiteren wurde bekannt, daß der Vorsitzende des Verwaltungsgerichtshofes vom Staatspräsidenten unter vier Kandidaten, die vom Richter- und Staatsanwaltsamt sowie dem Justizministerium vorgeschlagen werden, ausgesucht wird.

Tercüman, 18.11.1981

"Das Wahlgesetz muß am 1. März 1984 verabschiedet werden"

Die Beratungen über die Geschäftsordnung der beratenden Versammlung wurden zu Ende geführt. Die Paragraphen wurden nach dem Erörtern von pro und contra einzeln abgestimmt und akzeptiert. Danach wurde die Geschäftsordnung als Ganzes diskutiert. Ertugrul Zekai Ökte sagte dabei:

"Dies ist die Geschäftsordnung einer normalen Zeit. Für die Geschäftsordnung einer außerordentlichen Periode hätte man die Delegiertenversammlung von 1961 als Vorbild nehmen sollen. Dies ist keine dieser Versammlung angemessene Geschäftsordnung."

Er fügte dann hinzu:

"Es ist möglich, Wahl- und Parteiengesetz an einen Termin zu binden. Für die Verfassung wäre es der 12. September 1982, für das Parteiengesetz der 12. September 1983 und für das Wahlgesetz der 12. März 1984."

Cumhuriyet, 18.11.1981

Verordnung "Schule oder Arbeit" wurde veröffentlicht

Studenten, die in einer öffentlichen Einrichtung als Arbeiter oder Beamte beschäftigt sind, wurden aufgefordert, entweder die Arbeit oder das Studium aufzugeben. Trotz Protesten wurde an dieser Verordnung nichts geändert. Nach offiziellen Mitteilungen wird die Zahl der auf diese Weise beschäftigten Studenten auf 100.000 geschätzt.

Cumhuriyet, 18.11.1981

Unserem Journalisten Sirmen wurde die Ausreise verweigert

Offiziell von der bundesdeutschen Regierung eingeladen, begab sich unser Auslandskorrespondent Ali Sirmen gestern zum Flughafen Yesilköy/Istanbul. Nach der Zollabfertigung wurde er plötzlich zur Polizeistation gerufen. Ihm wurde erklärt, daß seine Ausreise nicht genehmigt sei. Daraufhin mußte er zum vierten Kommissariat, wo man ihm den Paß abnahm. Später wurde Herr Sirmen dann wieder freigelassen.

Cumhuriyet, 20.11.1981

**Gesundheitsminister Ayanoglu:
"Wir brauchen 45.000 Ärzte"**

Der Minister für Gesundheit und Soziales, Prof. Dr. Necmi Ayanoglu, erklärte, daß die Türkei 45.000 Ärzte brauche, aber nur 27.240 Ärzte ihren Dienst versehen. Also fehlen 17.760 Ärzte. Prof. Dr. Ayanoglu teilte mit, daß auf einen Arzt in den Großstädten 300 Personen kommen, während es auf dem Lande 15.000 Personen sind, die von einem Arzt betreut werden.

Cumhuriyet, 23.11.1981
Staatssekretär im Auswärtigen Amt an Beamte:
"Keine groben Scherze"

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Botschafter Kamuran Gürün forderte die jungen Beamten auf, auf Haltung und Kleidung bei der Arbeit zu achten. In der Einleitung zur Verfügung heißt es, daß in letzter Zeit eine mangelnde Disziplin zu beobachten gewesen sei. Insbesondere müsse mehr auf Kleidung geachtet werden. So dürfe kein Beamter mit offenem Kragen herumlaufen.

In den 5 Punkten der Verfügung wird auch darauf aufmerksam gemacht, keine 'groben Scherze' (mißverständliche Körperkontakte) zu machen. Ferner dürfen von nun an keine Kinder mehr mit zum Arbeitsplatz gebracht werden, und Unterhaltungen während der Arbeitszeit sind untersagt. Bei Zuwiderhandlungen gibt es empfindliche Strafen.

BRD

Hürriyet, 22.11.1981
Im Gefängnis der Stadt Landsberg beginnt ein Landsmann von uns mit einem Hungerstreik

Unser Landsmann Esen Hasan Hüseyin, der im Gefängnis von Landsberg eine fünfjährige Strafe absitzt, hat bekanntgegeben, daß er einen Hungerstreik beginnen wird, mit dem Ziel, gegen die Ungerechtigkeiten, die ihm widerfahren sind, zu protestieren.

Unser Landsmann, der mitteilt, daß er den Beschluß gefasst hat gegen die ihm auch von der Gefängnisleitung zuteil gewordenen Ungerechtigkeiten zu protestieren, kritisiert auch, daß die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland als minderwertig betrachtet werden. Unser Landsmann, der erwartet, daß die Verantwortlichen nach dem Beginn des Hungerstreiks ihre Haltungen gegenüber den Ausländern im Gefängnis ändern, brachte vor, daß er von seinem Entschluß nicht abweichen werde.

Hürriyet, 21.11.1981
In Berlin wurden neue einschränkende Maßnahmen getroffen

Die Berliner Regierung hat gegen die in der Stadt lebenden Ausländer und speziell gegen die Türken sehr harte Maßnahmen getroffen. Die gegen die Familienzusammenführung und gegen die Kinder gerichteten harten Beschlüsse wurden der Presse von Innensenator Heinrich Lummer bekanntgegeben.

Nach den Beschlüssen, die in der Qualität "hart wie Stahl", sind, wird den in Berlin lebenden Ausländern und damit auch den Kindern der Türken eine Aufenthaltserlaubnis nur in äußerst beschränktem Maße gewährt werden. Außerdem wird das Nachholen von Ehegatten bei verheirateten Jugendlichen sehr stark beschränkt werden. Nach Angaben des Berliner Innensensors Heinrich Lummer, CDU, wird Kindern, die

älter sind als 16 Jahre, keine Aufenthaltserlaubnis gegeben werden. Wenn sich nicht ein Elternteil dieser Kinder in Deutschland aufhält, wird auch unter 16 Jahren keine Aufenthaltserlaubnis gewährt werden. Die Kinder, die bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht 5 Jahre in Berlin gewohnt haben, werden ausgewiesen. Nur diejenigen, die bei Vollendung des 18. Lebensjahres nachweisen können, daß sie entweder eine Ausbildung genossen haben, oder einen Arbeitsplatz besitzen, werden vor der Ausweisung bewahrt werden. Es wird nur eine Ausnahme vom Ausweisungsbeschluß für den geben, der 18 Jahre alt ist und länger als 5 Jahre in Berlin gewohnt hat. Wenn es in der Familie des Kindes, das ausgewiesen werden soll, mehr als 4 Kinder unter 16 Jahren gibt, und dieses Kind das einzige ist, das die Hilfe der Familie genießt, wird es von der Ausweisung verschont bleiben. Diejenigen, die bei Vollendung des 18. Lebensjahres 5 Jahre in Berlin wohnen, werden wiederum keine Aufenthaltserlaubnis bekommen können, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie entweder eine Ausbildung gemacht haben oder eine Arbeit besitzen. Nur wer bei der Heirat über eine "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" oder eine "Aufenthaltsberechtigung" verfügt, dessen Ehegatte wird auch eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Er wird aber nachweisen müssen, daß er in der Lage ist, seinen eigenen Lebensunterhalt und den seines Ehegatten zu gewährleisten. Die allgemeine Wartefrist von einem Jahr für das Nachholen von Ehegatten wird außerdem auf 2 Jahre heraufgesetzt werden....

Hürriyet, 24.11.1981
In den Verwaltungsrat der SPD Hannover wurde eine Türkin gewählt

Die Deutsche Presseagentur gab die freudige Nachricht bekannt, indem sie ihr normales Programm unterbrach: "Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Politik wurde ein Ausländer in den Verwaltungsrat einer Partei gewählt. Die 33-jährige Türkin Elcin Kürsat erhielt von den Kandidaten, die sich an der Wahl zum Verwaltungsrat der SPD Hannover beteiligten, den höchsten Stimmenanteil... Die 33-jährige Elcin Kürsat, die eine Verwaltungslehre gemacht hat, gab bekannt, daß sie seit 11 Jahren in Deutschland lebe und seit 4 Jahren aktiv in der SPD arbeite. Sie sagte in einer kurzen Rede: "Ich bin vor vier Jahren Mitglied der SPD geworden, weil die Sozialdemokratische Partei die soziale Gleichheit in Deutschland in der besten Weise vertritt und den Menschenrechten Achtung entgegenbringt. Um aktiv arbeiten zu können, habe ich heute für den Verwaltungsrat kandidiert." Der SPD-Vorsitzende Brandt gratulierte Kürsat als erster. Brandt, der sich mit ihr zusammen den Journalisten in einer glücklichen Pose zeigte, sagte: "Mit der Wahl von Kürsat in den Verwaltungsrat der Partei in Hannover wird es eine Belebung der Ausländerpolitik in der SPD geben. Ich glaube, daß wir uns mit ihrer Hilfe in der ersten Etappe noch näher für die Probleme der in Hannover lebenden Türken interessieren und Lösungen finden werden." Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Frauenvereinigung in der Bundesrepublik Deutschland, Inge Wettig-Daniekmeier, die Elcin Kürsat bei den Wahlen zum Verwaltungsrat als Kandidatin aufgestellt hatte, gratulierte Kürsat auf der einen Seite, sagte gegenüber den Journalisten aber auf der anderen Seite: "Wir haben lange nachgedacht über das Thema, ob wir sie als Kandidatin aufstellen sollen oder nicht. Das einzige, was uns Sorge bereitete, waren die Vor- und Nachteile einer Wahl von Elcin. Erst später haben die Vorteile stärkeres Gewicht bekommen..."

□ □

Menschenrechte

a) Hinrichtungen

10 Hinrichtungen durch den Strang seit dem 12.09.80 (davon 8 Linke und 2 Rechte).

b) Todesstrafen

Tercüman vom 14.11.81

3 Terroristen, die AP-Senatorkandidaten umbrachten, zum Tode verurteilt

Die erste Kammer des Kriegsgerichtes der 9. Armee in Erzurum verurteilte Necati Kilic, Yilmaz Kizilates und Ersoy Ablak wegen Mordes am Kandidaten für den Senat, den AP'ler aus Kars, Salim Dursunoglu, und Körperverletzung seines Onkels Naim Dursunoglu, nach § 146/1 zum Tode durch den Strang. Der Vorfall war am 2.10.1979 passiert.

Cumhuriyet vom 17.11.81

23 Todesstrafen auf der Tagesordnung der beratenden Versammlung

Die bislang verhängten und durch das Revisionsgericht bestätigten Todesurteile gegen insgesamt 23 Personen wurden an die beratende Versammlung weitergeleitet. Unter den 23 Todeskandidaten befinden sich 9 politische Häftlinge (u.a. auch der Papstattentäter M.A. Agca) und 2 Frauen.

Milliyet vom 18.11.81

6 Angehörige von DEV-SOL, die Nihat und Dikler umbrachten, wurden zum Tode verurteilt

In dem Prozeß gegen 6 Angehörige von Dev - Sol, die beschuldigt wurden, den ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim, seinen Liebwächter Ali Kartal und den stellvertretenden Polizeichef Mahmut Dikler umgebracht zu haben, ergingen jetzt vor der 2. Kammer des Kriegsgerichtes in Istanbul die Urteile. Die Angeklagten hatten zuvor die Aussagen der sie identifizierenden Polizisten abgelehnt. Bei einigen zivilen Zeugen wurden die ersten Aussagen, die nach einem Geständnis zustande gekommen waren, verändert, da sich die Zeugen aufgrund der Protokolle entschieden hatten.

In ihrer Verteidigung lehnten die Militanten von Devrimci Sol die die Beschuldigungen pauschal ab und hielten im Sinne ihrer Weltanschauung Reden. Die Anwälte hatten schließlich beantragt, diesen Prozeß mit dem Dev-Sol Prozeß zu vereinen. Das letzte Wort der Gefangenen war dann: "Wir haben die Verbrechen nicht begangen. Wie auch immer unsere Strafe ausfallen wird, wir werden sie lächelnd ertragen."

Nach 5 - minütiger Beratung erging dann das Urteil. Saadettin Güben und Baki Altun wurden wegen Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim und seinem Schutzbeamten Ali Kartal, Aslan Tayfun Özkök, Aslan Sener Yildirim und Harun Kartal weger Mordes an dem stellvertretenden Polizeichef Mahmut Dikler und dessen Schutzbeamten Turgut Ergüden, sowie versuchten Mordes an den Polizeibeamten Besim Yeten und Üzeyir Cakir zum Tode verurteilt. Weiter wurde der Angeklagte Ahmet Fazil Özdemir Ercüment wegen Beihilfe durch Beschaffung von Waffen für Özkök, Yildirim und Kartal ebenfalls zum Tode verurteilt.

Die Angeklagten, die nach der Urteilsverkündung Parolen rufen wollten, wurden durch die Beamten aus dem Saal entfernt.

Hürriyet vom 21.11.81

10 Todesstrafen verhängt

Der Prozeß gegen 71 Angehörige der 'Acilciler' ging gestern vor der 3. Kammer des Militärgerichtes in Ankara zu Ende. 8 der Angeklagten wurden mit der Todesstrafe belegt, zwei der Angeklagten, die zur Tatzeit noch unter 18 Jahren gewesen waren, wurde die Todesstrafe auf 20 Jahre reduziert. Von den restlichen Angeklagten wurden 32 freigesprochen, 31 bekamen Strafen bis zu 10 Jahren Zuchthaus.

Vor der 2. Kammer des Kriegsgerichtes in Diyarbakir wurden die Brüder Müslim und Bahattin Bayik zum Tode verurteilt, weil sie am 12.03.80 ein Dienstauto der Futterfabrik angehalten hatten und die 3 Insassen getötet hatten.

Anm. : Sei dem 12.09.1980 wurden vor den Kriegsgerichten der Türkei bisher 113 Todesstrafen verhängt.

c) Anträge auf Todesstrafe

13.11.1981	2 Rechte	in Izmir
14.11.1981	3 Linke	in Istanbul
14.11.1981	2 Rechte	in Ankara
14.11.1981	9 Linke	in Izmir
17.11.1981	1 Linker	in Ankara
17.11.1981	7 Linke	in Ankara
24.11.1981	1 Mordfall	in Ankara

Vom 12.09.1980 bis zum 24.11.1981 wurden insgesamt 2.706 Anträge auf Todesstrafe gestellt (davon 444 gegen Rechte).

d) Prozesse

Cumhuriyet vom 17.11.81

Ecevit wird wegen 'Regierungsbeleidigung' vor Zivilgericht angeklagt

Die Kriegsrechtskommandantur hat beschlossen, daß der ehemalige Vorsitzende der CHP und Ministerpräsident der Türkei vor einem Zivilgericht wegen Regierungsbeleidigung in 4 Fällen vor der 4. Kammer des Strafgerichtes in Ankara angeklagt wird. Die AKten waren an die Kriegsrechtskommandantur geschickt worden, um die Frage der Zuständigkeit zu klären.

Cumhuriyet vom 17.11.81

Für Günay und Ates werden 5 Jahre Haft gefordert

Die Staatsanwaltschaft in Ankara legte jetzt die Anklageschrift gegen zwei ehemalige Abgeordnete der aufgelosten CHP, Ertugrul Günay und Temel Ates, vor. Die zwei Abgeordnete aus der Provinz Ordu werden unter den § 172/1,2 und 312&1 angeklagt. Das Verfahren gegen den ehemaligen Senator aus der Provinz Ordu, Orhan Vural, wurde eingestellt. In der Anklageschrift heißt es:

"Günay und Ates übertraten das Programm ihrer Partei, indem sie an Versammlungen von Stadtteilmitgliedern der ungesetzlichen Organisation dev-YOL teilnahmen. Sie hielten neben Emblemen dieser Organisation Ansprachen an die Bevölkerung. Sie haben zu dieser Zeit die Regierenden schlecht gemacht und bekundeten,

daß man sich gegen diese Regierenden bewaffnen müsse, so daß man dann die Soldaten und Polizisten besiegen könne, ferner daß DEV-YOL in kurzer Zeit erfolgreich sein werde und es besser sei, zu täten als zu sterben, daß sie selber DEV-YOL Anhänger seien. Es hat sich herausgestellt, daß sie gesagt haben: 'Kämpft gegen die Faschisten. Habt keine Angst, tötet sie, wo immer ihr sie seht.'

In der Anklageschrift wird weiter ausgeführt, daß während der Untersuchungen sich aus den Aussagen der Mitglieder des Zentralkomitees, Oguzhan Müftüoğlu, M.Ali Yılmaz, Ali Alfatlı, sowie der leitenden Funktionäre Bülent Forta, Halil Yasin Ketenoğlu und Bedi Zehra Torun ergebe, daß Ertuğrul Günay und Temel Ates in einigen Beziehungen mit ihnen in Verbindung gestanden haben.

Cumhuriyet vom 17.11.81

Prozesse gegen "Özgürlük Yolu"

Vor der zweiten Kammer des Kriegsgerichtes in Diyarbakir ging der Prozeß gegen "Özgürlük Yolu" wegen des Mordes an Ömer Koc weiter. Der Besitzer des Kinos, in dem Koc ermordet worden war und die anderen Zeugen sagten aus, daß sie die Angeklagten kennen würden, daß sie aber nicht gesehen hätten, durch wen Koc umgebracht worden sei. 15 Angeklagte, darunter der ehemalige Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, lehnten die Beschuldigungen ab. Es wurde beschlossen, Serpil Karhan und Tahir Yıldız zu entlassen.

Milliyet vom 19.11.81

Örsan Öyman und Refik Erduran freigesprochen

Die Satiristen unserer Zeitung, Örsan Öymen und Refik Erduran, wurde vor der 6. Strafkammer von dem Vorwurf die 'Staatssicherheitskräfte durch Presseveröffentlichungen beleidigt zu haben' freigesprochen. Anlaß war ein Artikel auf der Witzeseite vom 10. Mai 1977 mit dem Titel "Helle Tage und Rote Farbe". Der Staatsanwalt hatte entsprechend der Verteidigung dafür plädiert, den Artikel in seiner Gesamtheit zu betrachten und Freispruch gefordert.

Milliyet vom 19.11.81

Anwalt unter Anklage

In dem Prozeß gegen den Angehörigen der Ankara Anwaltskammer, Mehdi Betis, beantragten die Verteidiger Nichtzuständigkeit des Gerichtes. Mehdi Betis war wegen Beleidigung des Nationalen Sicherheitsrates angeklagt worden. Daraufhin vertagte sich das Gericht, um über diesen Antrag zu entscheiden.

Cumhuriyet vom 19.11.81

Das 30.April-Verfahren gegen DISK wurde zum Kriegsgericht geschickt

Das Verfahren gegen Angehörige von DISK wegen des Widerstandes am 30. April wurde nun an das Kriegsgericht übersandt. Das Verfahren hatte schon vor dem 12. September 1980 vor der 4. Strafkammer des Gerichtes in Bakirköy begonnen.

CUMHURİYET vom 19.11.1981

Das 30 April- Verfahren gegen DISK wurde zum Kriegsgericht geschickt

Das Verfahren gegen Angehörige von DISK wegen des Widerstandes am 30. April wurde an das Kriegsgericht

übersandt. Das Verfahren hatte schon vor dem 12. September 1980 vor der 4. Strafkammer des Gerichtes in Bakirköy begonnen. Nachdem sich aber herausstellte, daß auch vor dem Kriegsgericht ein öffentliches Verfahren läuft, wurden die Akten an das Kriegsgericht sandt. das Verfahren wegen der Aktionen gegen die Staatssicherheitsgerichte (DGM) wurde aber nicht an das Kriegsgericht weitergeleitet. In diesem Verfahren war schon einmal ein Freispruch erfolgt, nachdem das Revisionsgericht aber abgelehnt hatte, wurde der Prozeß vor der 1. Instanz des Gerichtes in Bakirköy wieder eröffnet. Hier werden die Verhandlungen am 24.12.1981 weitergeführt.

Cumhuriyet vom 19.11.1981

Freispruch für MHP'ler

Vor der 1. Kammer des Kriegsgerichtes in Istanbul wurden gestern der ehemalige Vorsitzende der Provinzorganisation der MHP-Jugend Kazım Ayaydın und der Veterinärstudent Gürsel Basdemir von dem Vorwurf des Mordes an dem Herausgeber der Zeitung 'POLITIKA', Ali İhsan Özgür, der am 22.11.1978 in seinem Auto tot aufgefunden worden war, freigesprochen. Das Gericht hatte zur Belastung der Angeklagten nicht genügend Beweismittel zur Hand.

Hürriyet vom 21.11.1981

Ecevit's Strafe ist Rechtskräftig

Nachdem der Kriegsrechtskommandant von Ankara das Urteil nicht revidiert hat, wird nun das Urteil gegen den ehemaligen Vorsitzenden der aufgelösten CHP, Bülent Ecevit, nun rechtskräftig. Ecevit war wegen Verstoßes gegen die Mitteilung-Nr. 52 zu 4 Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Ecevit wird diese Haftstrafe in einem zivilen Gefängnis verbüßen. Nach dem Vollstreckungsgesetz wurde die Strafe außerdem um ein Drittel auf zwei Monate und 20 Tage verringert.

e) Festgenommene

Zwischen dem 12.11. und 24.11.1981 wurden bei mindestens 10 Operationen insgesamt 271 Personen festgenommen (laut Presseberichten).

f) Tot Aufgefundene

Seit dem 30.10.1981 keine Meldungen in der Presse über tot aufgefundene Personen (in Bursa hat sich İsmail Esen angeblich erhängt; s. Folter).

g) Erschossene

Seit dem 11.11.1981 wurde in der Presse nicht mehr über erschossene Tatverdächtige berichtet. Demzufolge weiterhin 550 Erschossene seit dem 12.9.1981.

h) Folter

Cumhuriyet vom 17.11.1981

Prozeß Erdost nach den Protokollen: Oberstleutnant Balaban wird als Zeuge vernommen

In der verhandlung am 10.11.1981 wurde beschlossen, den Oberstleutnant Balaban als Zeugen zu vernehmen. Zuvor hatte sich der Leiter des Militärgefängnisses, Major Raci Tetik zur Sache geäußert. Er gab an, an dem fraglichen Tage (7.11.80) zu einer Versammlung gewesen zu sein. Bei seiner Rückkehr gegen 19,50 Uhr habe man ihn auf einen Kranken aufmerksam gemacht, der trotz ärztlichen Einsatzes nicht mehr zu retten gewesen sei.

Dann sagte er wörtlich:

'In dieser Nacht habe ich es als unglücklich angesehen, daß der Fahrer des Oberleutnants Balaban, Kismet Caglar, zusammen mit dem Verstorbenen in den Wagen gestiegen ist. Der Obergefreite Halim Simsek hatte mir schon mitgeteilt, daß der Angeklagte Kismet Caglar ein Militanter sei, der Mamak durcheinander bringen werde. Das habe er von einem Zivilisten gehört. Eine Woche nach dem Vorfall habe ich Anweisung gegeben, dass man diesen Soldaten entlässt. Aber die Abwicklung dauerte 1 - 1,5 Monate. Deswegen war er zur Tatzeit noch im Dienst.'

Daraufhin beschloss das Gericht den Oberleutnant Balaban als Zeugen zu vernehmen, sowie das Entlassungsschreiben für Kismet Caglar anzufordern. In der Verhandlung wurde außerdem noch die Aussage des Majors Raci Tetik verlesen, die er am 10.11.1980 gemacht hatte. Einzelne Passagen daraus wollen wir hier wiedergeben. 'Ich habe meinen Dienst am 24. Juli 1980 angetreten. Bei Dienstantritt erfuhr ich, dass unter den Gefangenen nicht die nötige Disziplin herrschte. Da es sich bei dem Gefängnis um ein Militärgefängnis handelte, gab ich den Leutnants und Aufsichtspersonal den Befehl, mit Ausnahme von Frauen, Alten und Kindern, sowie Behinderte und Kranken alle nach der Aufnahmeformalität von der Hüfte abwärts an die groben Stellen sowie in die Handflächen ein, zwei Mal zu schlagen seinen und man ihnen anraten sollte, dass sie nicht noch einmal ins Gefängnis kommen sollten. Ich leugne meinen Befehl nicht. Meine Absicht war es, die Disziplin zu sichern. Ich habe nicht den Befehl gegeben, die Brüder Erdost zu schlagen. Mein zuvor erteilter Befehl auf Prügel wurde überschritten. Meinen oben erwähnten Befehl, dass man nach der Aufnahme einige Knüppelschläge geben soll, habe ich inzwischen aufgehoben. Als Mensch bedaure ich den Vorfall.'

Der Beschuldigte Ahmet Seker wünschte das Erscheinen seiner Vorgesetzten, die sich dazu äussern sollten, wann der Rahmen des Befehles überschritten worden sei. Der Antrag auf Freilassung der Angeklagten wurde abgelehnt.

Cumhuriyet vom 17.11.1981

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einige Polizisten in Elazig

Die erste Kammer des Kriegesgerichtes in Erzincan hat beschlossen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Sicherheitsbeamten aus Elazig, die die Befragung des Beschuldigten Seza Cengeloglu durchgeführt haben, einzuleiten. Den beschuldigten Polizisten Mehmet Ahiskali, Dogan Simsek, Ali Yavus Kan, Alim Özensel und Ahmet Yilmaz wird vorgeworfen einige Angeklagte Organisationen 'Partizan' bei den Verhören gefoltert zu haben. Dies geht aus den Prozessprotokollen hervor. Der Verteidiger in diesem Prozess, Mehmet Uysal, betonte, dass neben den subjektiven Aussagen der Mandanten auch medizinische Gutachten die Tatsache der Folter belegen würden. Alle Angeklagten sagten übereinstimmend aus, dass die Aussagen der Polizisten als Vernehmungsbeamte nicht glaubwürdig seien, da es sich bei den vernommenen Polizisten um ihre Folterer handele. Daraufhin beschloss das Gericht eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzuleiten und gleichzeitig die Staatsanwaltschaft über den Vorfall zu informieren.

Cumhuriyet vom 17.11.1981

Ein politischer Gefangener beging im Gefängnis in Bursa Selbstmord

Der wegen Körperverletzung angeklagte 20 jährige Ismail Esen hat sich in seiner Zelle im geschlossenen

Gefängnis in Bursa erhängt, indem er aus seinem Hemd einen Strick drehte. Wie zu erfahren war, hatte man den Gefangenen in eine Einzelzelle gesperrt, nachdem er zuvor eine Auseinandersetzung mit andersgesinnten Gefangenen gehabt hatte. Es hiess, dass der wegen versuchs inhaftierte Ismail Esen erst seit kurzer Zeit im geschlossenen Gefängnis in Bursa war. Der Vorfall wurde durch den Staatsanwalt Avni Dogan bestätigt.

(alternative türkeihilfe 20.11.1981)

Erneut Mordopfer durch Folter zu beklagen

Wie erst jetzt zu erfahren war, sind in den letzten zwei Monaten erneut zwei Menschen zum Opfer der systematisch angewandten Folter in der Türkei geworden. Im Monat September verstarb in Izmir Metin Sertbulut, der zuvor wochenlang von Sicherheitskräften auf dem Polizeipräsidium verhört worden war. Die Frau von Herrn Sertbulut befindet sich ebenfalls in Haft. Weitere Mitgefängene von Metin S. sind ebenfalls so stark gefoltert worden, dass sie keine Aussage zu dem Vorfall machen können. So ist u.a. der Gefangene Halil Saglam durch die ständigen Folterungen zu einem geistig gestörten Menschen geworden.

Ende Oktober wurde Ataman Ince bei der politischen Polizei in Istanbul zum Opfer der Folterer. Man liess ihn ca. 10 Tage im Leichenschauhaus liegen, ohne die Angehörigen zu benachrichtigen.

Des weiteren wurde bekannt, dass Ayse Özdeger/Özdemir in Ankara zum Krüppel geworden ist, nachdem sie tagelang Folterungen über sich ergehen lassen musste.

Seit dem 12.09.80 wurden offiziell 95 Folteropfer bekannt (hierbei ist der oben aufgeführte Ismail Esen nicht mitgezählt, da es sich hier evtl. doch um Selbstmord handelt).

Cumhuriyet vom 23.11.1981

Es wurde Antrag auf Urteilsaufhebung gegen die Folterpolizisten gestellt

Es wurde mitgeteilt, daß das Urteil gegen die Folterpolizisten Enver Göktürk, Niyazi Porc und Serdar Kerem, die für den Tod von Hasan Asker Özmen verantwortlich sein sollen, den Gesetzen widerspreche. Der Anwalt von Özmen betonte in seinem Schreiben an den Kriegsrechtskommandanten, den er um Eröffnung eines Revisionsverfahrens bittet, daß die Mindeststrafe für die in der Anklageschrift aufgeführten Vergehen bei Gewähren aller nur möglichen mildernden Gründe wenigstens 8 Jahre betragen müsse, während die Folterpolizisten mit einer Strafe von nur einem Jahr davon gekommen seien. Außerdem haben das Gericht die Tatsache nicht gewürdigt, daß die Beschuldigten die Tat mehrere Male begangen haben. Desgleichen wird das Urteil nicht durch eine entsprechende Begründung gestützt. Es heißt lediglich, daß die Polizisten mit dem Tode nichts zu tun haben. Diese Erkenntnis wird nicht auf irgend welche Beweismittel (Autopsiebericht, Sachverständigengutachten u. dgl.) gestützt. Am Schluß des Schreibens heißt es: "In einem Land, wo für eine Ohrfeige schon 5 Jahre Haft gegeben werden, ist es unverständlich, wenn eine unmenchliche Handlung wie die Folter nur mit einer Strafe von einem Jahr geahndet wird, wobei nicht einmal der verantwortliche Richter dieses Urteil begründen kann."

IMPRESSUM

Türkei Infodienst
V.i.S.d.P. S. Akhan

Rostocker str. 4, 2000 Hamburg 1
